

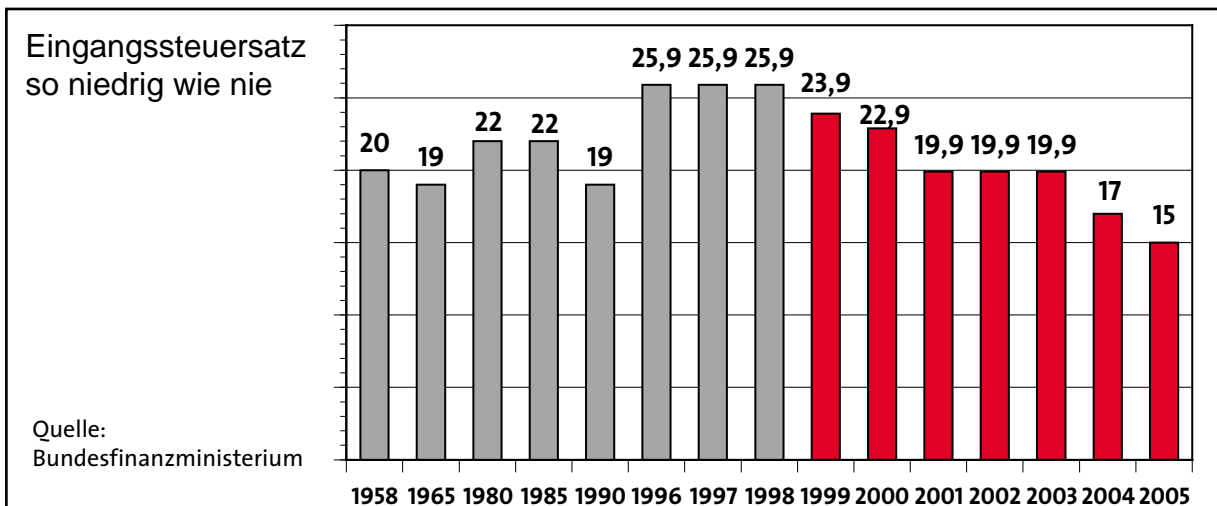
INTERNATIONALER STEUERVERGLEICH DER OECD

Deutschland ist kein Hochsteuerland

Nach den jüngsten Berechnungen der OECD kann festgestellt werden: Deutschland ist kein Hochsteuerland. Es liegt bei der Steuer- und Abgabenlast im internationalen Mittelfeld.

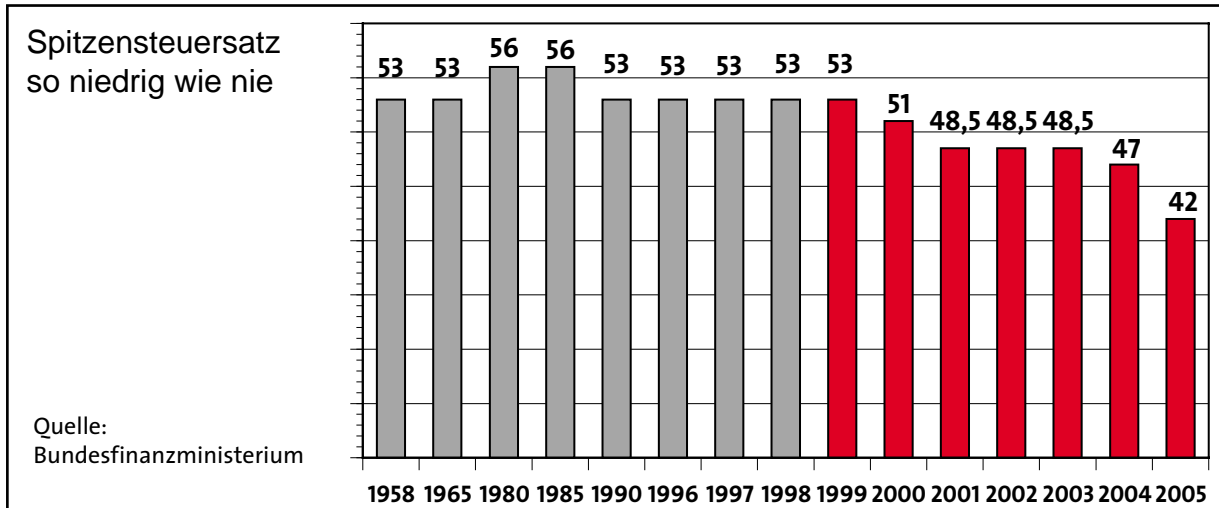
Niedrige Steuersätze

Die Spitzensteuersätze und die Eingangssteuersätze der Einkommensteuer bleiben niedrig und werden bis 2005 auf ein historisch niedriges Niveau gesenkt.



Stichwort OECD

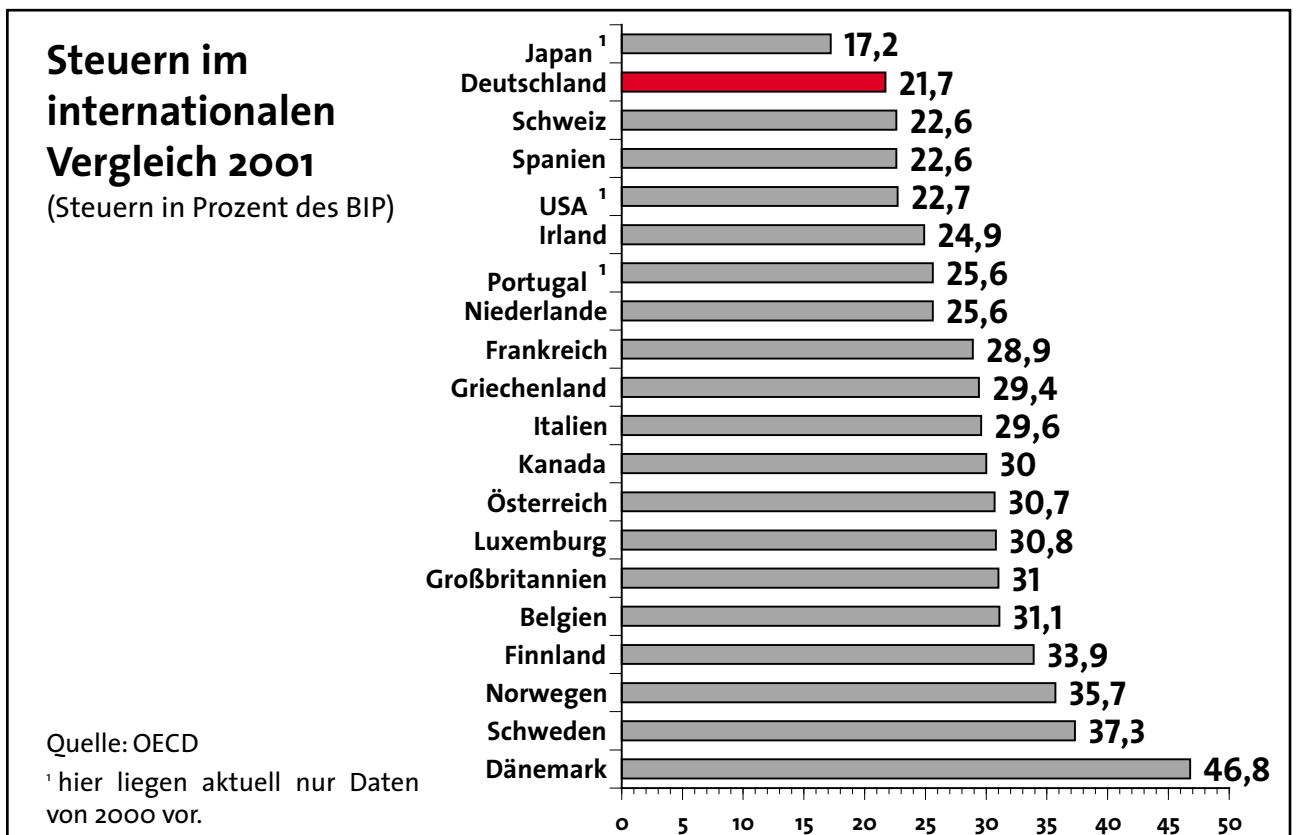
Zur OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT) zählen 30 führende Wirtschaftsnationen aus aller Welt. Die OECD hat das Ziel, in ihren Mitgliedstaaten starke und leistungsfähige Volkswirtschaften aufzubauen, die Effizienz der Märkte und Verwaltungen zu verbessern, den freien Markt auszuweiten und die Entwicklung insgesamt sowohl in Entwicklungsländern, als auch in industrialisierten Ländern zu fördern. Die Organisation arbeitet unabhängig, ihre Berichte und Empfehlungen erfreuen sich international großer Anerkennung und Beachtung. Die OECD hat ihren Sitz in Paris.



Gesamtwirtschaftliche Steuerquote

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote misst den Anteil des gesamten Steueraufkommens am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

- Deutschland hatte 2001 mit 21,7 % die niedrigste Steuerquote (ohne Sozialversicherungen) in Europa. Nur Japan hatte im OECD-Vergleich mit 17,2 % (2000) eine niedrigere Rate.
- Die Steuerquote der USA betrug 22,7 % (2000) und war damit höher als in Deutschland 2001.

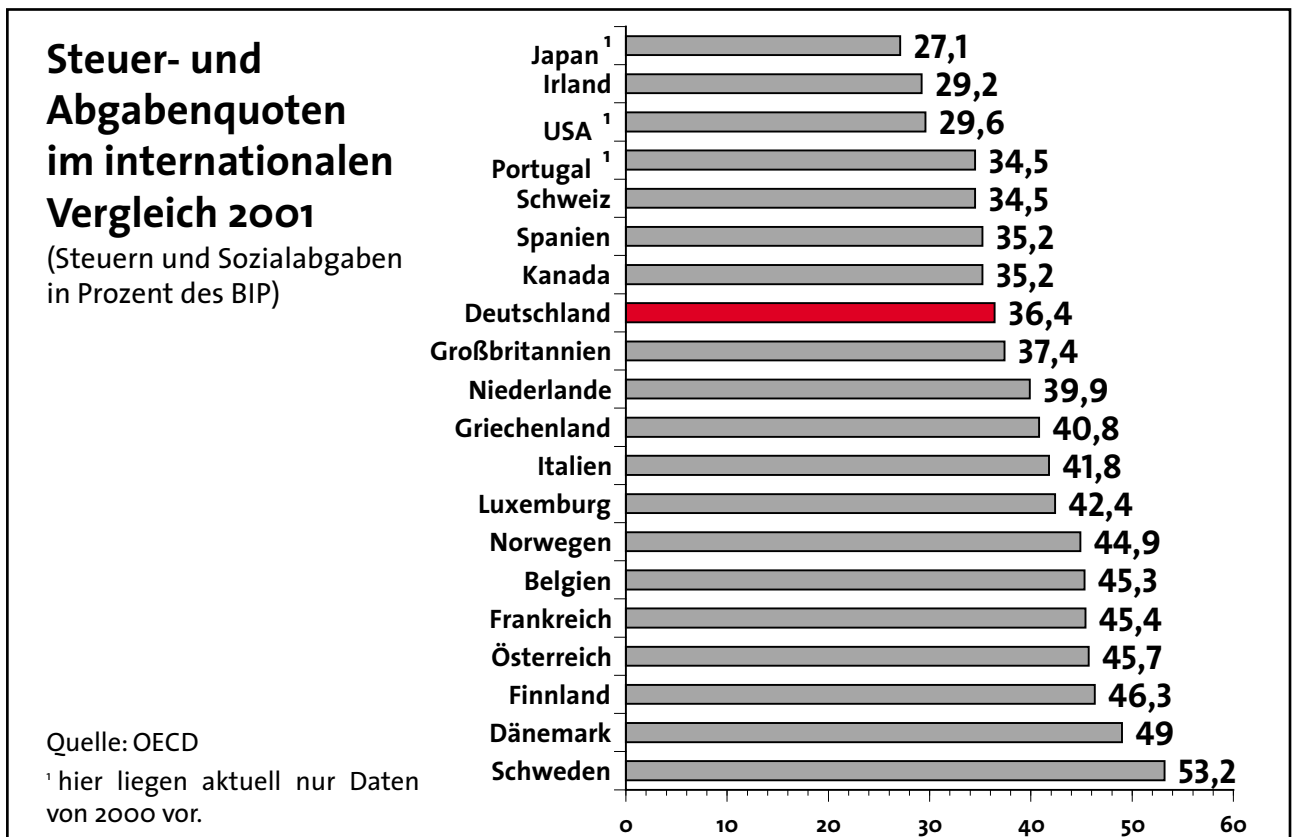


- Die Steuerquote in Deutschland ist relativ niedrig, weil in anderen Staaten – besonders ausgeprägt in Dänemark – ein größerer Teil der sozialen Sicherung aus Steuermitteln finanziert wird.
- Die relativ niedrige Steuerquote spiegelt die Tarifsenkungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer im Zuge der Steuerreformen der letzten Jahre wieder.

Steuer- und Abgabenquote nach OECD

Deutschland liegt bei der Steuer- und Abgabenlast im internationalen Mittelfeld:

- Die vergleichbare Steuer- und Abgabenquote (einschl. Sozialversicherungen) betrug in Deutschland im Jahr 2001 36,4 %. Dieser Wert wird in Europa von den größeren Volkswirtschaften nur von Spanien mit 35,2 % unterschritten.
- In Europa haben nur Portugal, die Schweiz und Irland niedrigere Quoten. Die USA hatte 2000 eine Steuerquote von 29,6 %, Japan von 27,1 %.
- Die anderen großen europäischen Volkswirtschaften hatten folgende Steuer- und Abgabenquoten: Vereinigtes Königreich 37,4 %; Italien 41,8 %; Frankreich 45,4 %.



Hintergrund

Während die Steuer- und Abgabenquote der OECD für Deutschland deutlich unter 40% liegt, liegt die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Steuer- und Abgabenquote für Deutschland mit 41,7% (2002) über der 40%-Grenze. Die OECD geht bei ihrer Berechnung der Steuerquote von anderen Grundlagen aus als die deutsche Statistik und kommt so auf die sehr viel niedrige Zahl. Da die OECD-Grundlagen aber für alle erfassten Staaten gleich sind, ist auch der Ländervergleich korrekt.

- In der OECD-Quote werden – anders als bei der Quote des Statistischen Bundesamtes – Kindergeld, Eigenheimzulage, Investitionszulage und ab 2003 auch die Zulagen im Rahmen der Förderung ergänzender privater Altersvorsorge („Riester-Rente“) rausgerechnet.
- Steuerähnliche Abgaben werden bei der OECD-Quote nicht einbezogen.
- Bei den Sozialversicherungsbeiträgen erfasst die OECD-Statistik nur tatsächliche Zahlungen von Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung

EU-Länder einigen sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Steuersünder

Historische Einigung ist ein Verdienst von Hans Eichel

Schon seit Jahren verhandeln die EU-Finanzminister über ein gemeinsames Vorgehen gegen Steuersünder. Ein einheitliches Vorgehen gegen Steuersünder hatte die Europäische Union bereits im Frühjahr 2000 beschlossen und sich dafür eine Frist bis Ende 2002 gegeben. Bei einem Sondertreffen der EU-Finanzminister Mitte Dezember 2002 war der erwünschte Durchbruch allerdings noch nicht gelungen.

Nun ist er da: Die EU-Finanzminister haben sich am 21. Januar 2003 auf eine einheitliche Besteuerung von Zinsen verständigt. Der Steuerhinterziehung in Europa wird endlich ein Riegel vorgeschoben, die Bekämpfung von Schwarzgeldkriminalität und Geldwäsche wird erleichtert. Das ist eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger, die ehrlich ihre Steuern zahlen.

Die Einigung der Finanzminister zur einheitlichen Zinsbesteuerung in Europa ist historisch. Damit wird eine jahrelange Forderung der SPD verwirklicht.

Einen großen Anteil an dieser Einigung hat Hans Eichel, der damit die langwierigen Verhandlungen auf europäischer Ebene erfolgreich zum Abschluss gebracht hat. Gemeinsam mit seinem britischen Amtskollegen Gordon Brown hat Hans Eichel den oftmals ins Stocken geratenen Verhandlungen neue Impulse gegeben.

Die förmliche Verabschiedung der Richtlinie soll im März 2003 erfolgen. Sie muss dann noch gesondert mit der Schweiz, Andorra, Monaco, Liechtenstein, San Marino und den USA verhandelt werden. Die neue Richtlinie zur EU-Zinsbesteuerung wird zum 1.1.2004 in Kraft treten.

Der Beschluss der EU-Finanzminister im Überblick

- Zwölf EU-Länder, darunter Deutschland, werden vom 1. Januar 2004 an Informationen über Zinserträge auf Ausländerkonten an die EU-Partner weiterleiten.
- Österreich, Luxemburg und Belgien bewahren hingegen zunächst ihr Bankgeheimnis und erheben eine Quellensteuer. Dabei sind folgende Stufen vorgesehen:
 - ▶ 15 Prozent zum 1.1.2004
 - ▶ 20 Prozent zum 1.1.2007
 - ▶ 35 Prozent zum 1.1. 2010.